



Teilhabe behinderter Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit

Beschlussvorschlag der LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V. und des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerkes e.V.

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Über eine Milliarde behinderter Menschen leben auf der Erde, dies sind rund 15% der Weltbevölkerung. Etwa 80% leben in Ländern des Globalen Südens. Vier von fünf behinderten Menschen leben unter der Armutsgrenze, ein großer Anteil von ihnen hat einen eingeschränkten Zugang zu Bildungsangeboten und zum Arbeitsmarkt. Trotz dieser eindeutigen Zahlen ist diese Zielgruppe in der Entwicklungszusammenarbeit nur wenig im Fokus der staatlichen und nicht-staatlichen Programme.

Mit der Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Bremen wurde das Themenfeld aufgegriffen und soll zukünftig verstärkt beachtet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es auch die Unterstützung durch die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft und die Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit. Das Land Bremen kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen, welche richtungsweisend für andere Bundesländer sein kann.

Die Bürgerschaft behinderter Menschen fordert:

Das Land Bremen nimmt den Punkt "Ressortübergreifende Stärkung von Menschen mit Behinderungen im und aus dem Globalen Süden" in den Landesaktionsplan bzw. als Haushaltsposition in den Landesaktionsplan auf.

Die Bürgerschaft – insbesondere der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit – soll das Themenfeld „Teilhabe behinderter Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit“ kontinuierlich bearbeiten, um Impulse in Richtung Senat zu senden. Der Senat soll das Thema als Querschnittsaufgabe mehrerer Ressorts definieren und finanzielle Mittel für die Umsetzung bereitstellen. Menschen mit Behinderungen müssen in den Austausch mit den Partnerstädten Bremens und Bremerhavens mit einbezogen und deren Know How berücksichtigt werden. Veranstaltungen und (Delegations-)Reisen müssen inklusiv gestaltet werden.

Eine Eine-Welt-Promotor*innenstelle, die gezielt Projekte zur inklusiven Teilhabe in der Entwicklungszusammenarbeit fördert, soll zu 40% vom Land Bremen finanziert werden. Diese Projekte sollen sowohl in Bremen als auch im Globalen Süden realisiert werden.

Für die Fraktion: Mamadou Gyo Balde

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31.03.2024 an den AK-Protest erbeten.